

Leitantrag für die Kölner KMV: Grün geht weiter! Unsere Themen im Kölner Wahlkampf!

In den vergangenen 20 Monaten hat die rot-grüne Minderheitsregierung dieses Land mit 58 neuen Gesetzen bewegt. Meilensteine sind beispielsweise der Schulkonsens, dass die finanzielle Situation der Kommunen deutlich verbessert wurde und dass die direkte Demokratie in Land und Kommunen gestärkt wurde. Durch die von FDP und Linksfraktion verursachte Landtagsauflösung sind wesentliche Vorhaben auf der Strecke geblieben – z.B. das Klimaschutzgesetz und der konsequente Nichtraucherschutz für NRW. Die Grünen haben in der Landesregierung schon viel geschafft – es bleibt aber noch viel zu tun.

Wir Grünen in Köln wollen mit einem engagierten, kreativen und streitlustigen Wahlkampf dafür sorgen, dass die erfolgreiche rot-grüne Landesregierung fortgesetzt werden kann - unter Beteiligung gestärkter Grünen. Dabei kommt es auf uns an, denn in Köln wurde bei den vergangenen Wahlen jede 11. Stimme gewonnen.

Die Landespartei hat entschieden, die drei Schwerpunktthemen Kinder, Klima und Kommunen in den Vordergrund zu stellen. Wir Kölner Grüne wollen ergänzend dazu definieren, welche Themen für Köln in Nordrhein-Westfalen besonders wichtig sind.

Bildung von Anfang an:

Wir Kölner GRÜNEN setzen sich für ein inklusives Bildungssystem und lebenslanges Lernen ein. Kinder und Jugendliche haben das Recht auf bestmögliche Förderung. Als Gesellschaft sind wir dafür verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche dabei unterstützt werden, ihre Talente zu finden, zu fördern und zu verwirklichen. Wir gehen von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff aus, der zum Ziel hat, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig ihrer Herkunft Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu garantieren. Bildung verstehen wir als Herausbildung der Persönlichkeit und das Erlangen von vielfältigen Kompetenzen. Gute Bildung, Erziehung und Betreuung ist der Schlüssel zur Zukunft. Auf ihrem Weg sollte Kinder und Jugendliche ermutigt und gestärkt werden.

Frühkindliche Bildung

Um dies zu erreichen, ist eines unserer wichtigsten Aufgaben die frühkindliche Bildung zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es notwendig, dass genügend Plätze für die Unterdreijährigen vorhanden sind. Für uns Grüne steht die Qualität in der Elementarbildung an erster Stelle, die durch den Einsatz von zusätzlichem Personal für individuelle Förderung, Betreuung und Pflege erhöht werden muss. Die Minderheitsregierung hat die Ausgaben für Kindertagesbetreuung um eine halbe Milliarde Euro bzw. um 50% erhöht. Das bringt u.a. 3.000 neue Stellen für KinderpflegerInnen, eine finanzielle Entlastung der Eltern von Kita-Gebühren, Qualitätssicherung in der Tagespflege, eine bessere Finanzierung von Kindern mit Behinderung, Waldkindergärten und Familienzentren, von denen ab Sommer 150 neue in sozialen Brennpunkten entstehen.

Zudem hat die Minderheitsregierung mit bisher 310 Millionen Euro und Bürokratieabbau beim U3-Ausbau die Bremsen gelöst. Weitere 1,5 Milliarden sind bis 2018 vorgesehen, 200 Millionen Euro davon noch in 2012 (nach beschlossenen Haushalt).

Wir Kölner GRÜNEN setzen uns weiter für das Recht auf gemeinsamen Unterricht ein. Wir streben ein inklusives Bildungssystem an, in dem Kinder mit und ohne Behinderung zusammen lernen und gefördert werden. Land und Kommune müssen einen Inklusionsplan erarbeiten, der das Ziel hat, Schulen personell und räumlich so auszustatten, dass eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler gewährleistet ist.

Investitionen in eine chancen- und bildungsgerechte Zukunft unserer Kinder zahlen sich aus. Die Kölner GRÜNEN wollen, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird!

Schule

Der grüne Ansatz einer auf breiten Konsens angelegten Schulpolitik hat große Erfolge zu verzeichnen: Nach der großen Bildungskonferenz gelang es der Minderheitsregierung, die CDU für einen Schulkonsens zu gewinnen, der den Weg für innovative Schulentwicklung und längeres gemeinsames Lernen frei machte. Das hat vor Ort eine enorme Resonanz erfahren. Binnen weniger Wochen gab es Anträge für 51 Sekundarschulen und 21 Gesamtschulen, von denen nun 42 Sekundarschulen und 19 Gesamtschulen im Sommer starten.

Breite Unterstützung gab es auch für die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts, der nach jahrelangen Verhandlungen nun realisiert werden kann.

Schulen müssen sich weiter öffnen. Mit der Sekundarschule haben wir den ersten Schritt zu längerem gemeinsamem Lernen gemacht. Schule und der zunehmende offene Ganztags werden sich langfristig zu einem Lern- UND Lebensort entwickeln. Dafür muss 'Schule' neu gedacht werden! Wir wollen, dass sich Schule weiter für neue Ideen und Kompetenzen anderer Professionen öffnet. Die Kooperation von Schulen mit verschiedenen Bildungsanbieter macht Schule bunt, vielfältig und chancengerecht.

Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, das keine/n ausschließt und jede/n in seiner Verschiedenheit ernst und annimmt, ist der große Auftrag aus der UN-Behindertenrechtskonvention.

Auf Drängen der Grünen hat sich der Landtag dazu schon einstimmig bekannt. Nun gilt es, die konkrete Ausgestaltung eines Inklusionsplans zu erarbeiten, um die einzelnen Schritte des Umbaus des Schulsystems mit klaren Ressourcenzusagen zu beschreiben.

Denn Inklusion braucht gute Gelingensbedingungen, damit Eltern, Lehrkräfte und vor allem die SchülerInnen sicher sein können, dass ihre individuellen Förderbedarfe ernst genommen und ihre Talente wertgeschätzt werden.

Wir Kölner GRÜNEN setzen uns deshalb weiter für das Recht auf gemeinsamen Unterricht ein. Wir streben ein inklusives Bildungssystem an, in dem Kinder mit und ohne Behinderung zusammen lernen und gefördert werden.

Investitionen in eine chancen- und bildungsgerechte Zukunft unserer Kinder zahlen sich aus. Die Kölner GRÜNEN wollen, dass kein Kind mehr zurückgelassen wird!

Hochschule und Wissenschaft

Rot-Grün hat die Studiengebühren abgeschafft und sie vollständig durch Qualitätsverbesserungsmittel kompensiert. Bei der Verteilung dieser Mittel können die Studierenden - in einer durch sie mehrheitlich besetzten Qualitätsverbesserungskommission - mitbestimmen.

Rot-Grün wird das Hochschulgesetz novellieren und damit einen Beitrag für mehr Mitbestimmung, ausgewogenere Gremienkompetenzen, mehr Gleichstellung sowie insgesamt bessere Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen leisten.

Solide Finanzen - Im Land und in den Kommunen

Für uns Kölner Grüne ist die nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzen und der Landesfinanzen ein zentrales Thema der kommenden Wahl. Im Bereich der Kommunen konnten wir mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen und einem starken Gemeindefinanzierungsgesetz in 2012 gute Vorschläge für die Konsolidierung der kommunalen Finanzen machen. Im Stärkungspakt Stadtfinanzen werden beispielsweise momentan 350 Millionen Euro an Hilfen zur Verfügung gestellt. Damit wurden die dramatischen Folgen der Scheineinsparungen von Schwarz-Gelb auf dem Rücken der Kommunen repariert. Letzteren drohte eine Krise bei der Kreditversorgung. Neben einer Milliarde Entlastung durch das Land konnten wir über den Bundesrat mit dafür sorgen, dass nicht die Gewerbesteuer geschöpft, sondern es jetzt eine Bundesentlastung bei der Grundsicherung im Alter gibt. Insgesamt werden die Kommunen in NRW um fast zwei Milliarden Euro entlastet – spätestens ab 2014, wenn die Bundeswirkung voll greift. Um die Kommunen weiter zu entlasten fordern wir weitere Beteiligung des Bundes an den gestiegenen Soziallasten. Dies ist besonders für Köln zentral. Zudem fordern wir eine angemessene Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleiches und des NKF.

Auf Landesebene hat rot-grün im Jahr 2009 eine schwere Erblast übernommen. Schwarz-gelb hatte die kommunalen Kassen geplündert und trotzdem eine Neuverschuldung von sechs Milliarden Euro in 2009 erzielt. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb bedeutet für NRW seit 2010 bereits einen Verlust von 800 Millionen Euro pro Jahr. Das war eine reine Klientelpolitik für große Hoteliers und Erben („Mövenpick-Steuer“). Gemeinsam mit den Entlastungen aus den Konjunkturpaketen I und II und dem Bürgerentlastungsgesetz führt das zu Steuerausfällen von mehr als 2 Milliarden Euro jährlich, die dem Land NRW allein durch die Bundespolitik entzogen werden. Zusätzlich brechen den Kommunen Einnahmen i. H. v. 700-800 Millionen Euro jährlich weg. Durch Steuersenkungsversprechen der CDU auf Bundesebene, die die Herren Laumann und Röttgen zur Bekämpfung der kalten Progression in diesem Jahr vorbehaltlos stützten, würden dem Land NRW zusätzlich 500 Millionen Euro pro Jahr wegbrechen. Durch den Verzicht auf die Einnahmen durch die Grunderwerbsteuer würden dem Land erneut jährlich etwa 450 Millionen Euro verloren gehen.

Rot-Grün hat es bereits im letzten Jahr geschafft, die Neuverschuldung auf drei Milliarden Euro zu halbieren. Auch in diesem Jahr haben wir im Gegensatz zur CDU/FDP-Regierung einen Haushalt vorgelegt, der deutlich unter der Verschuldungsobergrenze lag. Trotzdem konnten wesentlichen Zukunftsprojekten Leben einhaucht werden.

Für uns Grüne ist es wichtig, eine Politik zu betreiben, die nicht blind spart, sondern politische Prioritäten setzt. Dennoch wollen wir weiter konsolidieren. Ausschlaggebend hierfür sind v.a. Veränderungen auf der Einnahmenseite, insbesondere eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftsteuer sowie die Einführung einer effektiven Besteuerung hoher Vermögen. Hier befindet sich jedoch der Bund in der Pflicht. Die rot-grüne Landesregierung hat mit der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes die Einnahmen erhöht und damit ihre Hausaufgaben gemacht. Wir werden uns aber konsequent weitere Konsolidierungsschritte auch auf der Aufwandsseite vornehmen. Förderprogramme sollen, wo möglich, vom Vollkostenzuschuss auf Kreditbasis umgestellt werden, Ökologische Lenkungsabgaben, wie der Kies-Euro ebenso geprüft werden, wie wir auch Stelleneinsparungen durch eine Polizeireform für möglich halten. Weitere Reformschritte sind ernsthaft und kontinuierlich zu erarbeiten. Wir Grünen waren und sind auch finanzpolitisch die Partei der Nachhaltigkeit!

Für eine nachhaltige Verkehrspolitik

Verkehr

Schwarz-Gelb hat jahrelang Verkehrspolitik nur aus dem Rückspiegel der Autofahrer gemacht, wir Grüne haben die Prioritäten im Haushalt verändert. Wir haben Schluss gemacht mit der Planung von unbezahlbaren, ökologisch schädlichen Ortsumgehungen, sondern haben deutlich mehr Geld in die Sanierung der bestehenden Strassen und in den Radwegebau gesteckt. Durch die Bereitstellung von Landesgeld konnte erstmals in weiten Teilen des Landes ein Sozialticket eingeführt werden. Durch den nicht verabschiedeten Haushalt 2012 ist das Ticket leider jetzt in weiten Teilen des VRS-Gebietes ausgesetzt. Wir haben den Lärmschutz an Autobahnen verbessert, auch wenn viele Projekte hier noch umgesetzt werden müssen. Für den Flughafen Koeln/Bonn haben wir ein Passagier-Nachtflugverbot vorbereitet. Jetzt muss SPD-Verkehrsminister Voigtsberger es endlich unterzeichnen und Bundesverkehrsminister Ramsauer hat zu entscheiden, ob es endlich in Kraft treten kann. Wir werden weiter Druck machen, damit die schnelle und dringend notwendige Nahverkehrsverbindung, der Rhein-Ruhr Express (RRX), endlich realisiert wird. Durch unseren Druck wurden Gelder für die ersten Teilabschnitte vom Bund jetzt freigegeben. Wir wollen mit der Novelle des ÖPNV-Gesetz den Ausbau des umweltfreundlichen Verkehrs fördern. Statt höchst fragwürdiger unterirdischer Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 bedarf es eines massiven oberirdischen Ausbaus der Schieneninfrastruktur. Nur so kann die Bahn offensiv um neue Gäste werben und der Güterverkehr endlich stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Die Mittel für den Radwege-Bau wollen wir weiter erhöhen. Mit E-Fahrrädern entsteht ein attraktives neues Verkehrsmittel, für das das Radwege- und routennetz weiter verbessert gehört. Es gibt Alternativen zum tagtäglichen Auto-Verkehr in unseren Städten, nur mit starken Grünen in der Regierung werden sie realisiert werden.

Integration

NRW hat das bundesweit erste Integrationsgesetz verabschiedet. Es sieht u.a. eine flächendeckende Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit über „Kommunale Integrationszentren“ vor und stärkt die Vernetzung der Akteure. Der Schwerpunkt liegt auf Integration durch Bildung, denn insbesondere die „Regionalen Stellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ können in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eingerichtet werden (nach beschlossenen Haushalt).

Die Einführung islamischen Religionsunterrichts ist ein weiterer Meilenstein der Integrationspolitik.. Die Gleichstellung des Islam als Religion, die ein Teil Deutschlands ist, wird nun auch in anderen Rechtsbereichen weiter verfolgt werden.

Es gibt noch viel zutun; wir wollen z.B. noch mehr ausländische Studierende an unsere Hochschulen holen und deren Bleiberechtmöglichkeiten nach Studienabschluss verbessern. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss schnellstmöglich auch landesgesetzlich geregelt werden, damit qualifizierte Zugewanderte endlich in ihren erlernten Berufen arbeiten können. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt wollen wir entgegen treten.

Die politische Teilhabe ist durch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern. Darüber hinaus sind die Regelungen in der Gemeindeordnung mit dem Ziel der Verbesserung der Partizipation zu überprüfen und zu erweitern.

Wir wollen die Landesmaßnahmen zur Integrationsförderung wie z.B. Integrationsagenturen, Antidiskriminierungsbüros und Migrantenorganisationen weiterhin unterstützen. Alle vom Land bezuschussten Integrationsmaßnahmen müssen auch Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus offen stehen.

Über den Bundesrat wollen wir uns für eine bessere Familienzusammenführung einsetzen und die Einbürgerung z.B. durch die doppelte Staatsangehörigkeit erleichtern.

bis hin zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen stärker durchzusetzen. (Dieser Teil ist irgendwie reingerutscht)

Strategien gegen Rechtsextremismus

In NRW wird jeden zweiten Tag eine Gewalttat mit rechtsextremem Hintergrund verübt und die Gewaltbereitschaft der Neonazis steigt weiter an. Bedroht und angegriffen werden in erster Linie Personen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren, Menschen mit Migrationshintergrund, Obdachlose, Flüchtlinge, Lesben und Schwule. Zur Unterstützung und Solidarisierung mit den Opfern haben wir Mittel für die Einrichtung von zwei spezialisierten Beratungsstellen zur Verfügung gestellt, die psychologische und juristische Beratung ebenso wie die Dokumentation rechter Gewalt, lokale Intervention und – falls von den Betroffenen gewünscht – Öffentlichkeitsarbeit durchführen.

Darüber hinaus bedarf es dringend eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rassismus und Rechtsextremismus für das Land NRW, um menschenverachtende Einstellungen in der Gesellschaft zu thematisieren und die Parteien und Organisationen der extremen Rechten zurückzudrängen. Fester Bestandteil des Handlungskonzepts sollten die vorhandenen Strukturen sein, wie die Mobilen Beratungsteams, das Elternberatungsnetzwerk und das AussteigerInnenprogramm. Gleichzeitig müssen Lücken geschlossen werden, wie zum Beispiel in der gendersensiblen Präventionsarbeit. Ziel ist die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft in ihrem Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Wir wollen NRW weiter ökologisch und sozial erneuern und mit stärkeren Grünen die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der SPD fortsetzen: Für ökologische Erneuerung und zukunftsfähige Arbeitsplätze – für gute Bildung und Chancengerechtigkeit – für Demokratie und Mitbestimmung. Diese und viele andere Projekte konnten wir trotz der schwierigen politischen und finanziellen Lage und in sehr kurzer Zeit im Land umsetzen - viele weitere Herausforderungen liegen jedoch 85 noch vor uns. Damit nach 2011 auch 2012 als erfolgreiches GRÜNES Jahr in die Geschichte eingeht, werden wir einen kurzen, aber sehr engagierten und kreativen Wahlkampf führen, der auf Inhalte, auf Dialog und Beteiligung setzt. Mit unseren drei bisherigen Mitgliedern des Landtages, den DirektkandidatInnen in den Wahlkreisen und einer motivierten Partei sagen wir: GRÜN geht weiter!